

# LOCOMOTIVE.

Zeitung für politische Bildung des Volkes.

Erscheint täglich mit Ausnahme der  
Sonn- und Feiertage.

Monatspreis: hier incl. Botenlohn 7½ Sgr.

Redacteur: **Held.**

Bei allen Postämtern und Buchhandlungen  
vierteljährlich 22½ Sgr. franco.

Insertionsgebühr 1½ Sgr. pro Petitzeile.

Die geehrten hiesigen Abonnenten der Locomotive, welche von der Haupt-Expedition aus bedient werden, wollen den Pränumerations-Betrag pro Juni nur gegen eine gedruckte, mit dem blauen Stempel des Verlegers versehene Quittung verabsolgen lassen.

## Die sociale Revolution.

(Zehnter Artikel.)

Unter den Calamitäten des Erwerbes haben wir im fünften Artikel zuerst derjenigen gedacht, welche wir im Gebiete der Dienstbarkeit vorfinden; und hier waren es besonders zwei Arten von Mißverhältniß, die wir hervorzuheben hatten: der im Verhältnisse zum Preise der Lebensmittel zu geringe Lohn, und die Unverhältnißmäßigkeit des Gehalts der niedern und der höhern Staatsdiener.

Was den ersten Uebelstand betrifft, so wird derselbe von selbst wegfallen, wenn der Staat durch Einrichtungen, deren wir später gedenken werden, es dahin bringt: daß der Andrang zu den Stellen der Dienstbarkeit sich vermindert, und daß die Lebensmittel im Preise fallen.

Den letztern Uebelstand zu heben, ist der Staat durch eine einzige Verfügung befähigt; und daß er dazu verpflichtet ist, wird wohl keines besondern Beweises bedürfen. Der Staat kann und muß ein richtiges Verhältniß des Gehalts der Staatsdiener zu ihren Leistungen decretiren. Daß die höheren, obgleich ihre materielle Arbeit vielleicht geringer ist, besser bezahlt werden, als die niedern, erscheint durchaus nicht unangemessen und läßt sich auch vollkommen rechtfertigen, wenn man einmal die geistige Kraft ihrer Dienste und zum andern den Umstand in Anschlag bringt, daß die höhere Stelle in den meisten Fällen erst die Folge einer längern Dienstzeit ist. — Dagegen aber hat der Staat bei Ansetzung eines Minimums und eines Maximums in der Besoldung der Staatsdiener wohl zu beachten: daß das Minimum zu einem von Nahrungsorgen freien Leben der Familie ausreicht, und das Maximum keine Vermögenssammlung gestattet. Nach dem jetzigen Stande des Geldwerthes möchte ein Minimum von 200 Thalern und ein Maximum von 2000 Thalern für Stellen, welche keine außerordentlichen Ausgaben erfordern, das Verhältniß andeuten, welches wir dabei im Auge haben.

Durch einen derartigen Ansaß von Seiten des

Staats für seine Diener wird er auch zugleich der Regulator werden für den Lohn und die Besoldung der Privatdienerschaft und auf diese Weise seinem Character als Association der Staatsbürger angemessen und zugleich heilsam und wohlthätig wirken.

Was nun endlich das Pensionswesen betrifft, dessen wir als eines besondern Uebelstandes in den Erwerbsverhältnissen gedachten, so erscheint es uns nothwendig, daß der Staat hier ein völlig neues Princip anerkennt und zur Gestung bringt. — Es läßt sich nämlich durch Nichts rechtfertigen, daß nur der im directen Staatsdienste Stehende, der eigentliche Staatsdiener, auf eine Pension Anspruch hat, wenn er durch Alter oder Krankheit dienst-, also erwerbsunfähig wird. Denn wenn man den richtigen Begriff des Wortes Staat und Staatsbürger festhält und zugleich den richtigen Begriff vom Staatszwecke in's Auge faßt: so wird man erkennen müssen, daß jeder Staatsbürger, welcher mittels Arbeit erwirbt, dem Zwecke des Staates, also auch dem Staate selbst dient: Der Bauernknecht, welcher den Acker pflügt; der Maurergesell, welcher Häuser baut; der Fabrikherr, welcher Producte erzeugt; und der Verwaltungsbeamte, welcher Acten schreibt: sie Alle dienen dem Staate auf gleiche Art, wenn auch in verschiedener Weise. Sie handeln fördernd für den Staatszweck und erwerben dadurch zugleich die Mittel für ihre Existenz, wobei es durchaus keinen Unterschied machen kann, ob der Erwerb dieser Mittel Gehalt, Lohn oder Geschäftsertrag heißt.

Eben deshalb ist auch nicht einzusehen, warum nur die eigentlichen Staatsdiener für den Fall ihrer Erwerbsunfähigkeit durch Pensionirung versorgt werden sollen. Vielmehr muß es der Staat als Pflicht erkennen, jeden Staatsbürger, welcher durch Alter oder Krankheit erwerbsunfähig wird, durch Pensionirung zu versorgen.

Es liegt hierin auch durchaus keine Ungerechtigkeit gegen Diejenigen, welche als Erwerbsfähige durch die Steuer die nöthigen Mittel zu einer solchen allgemeinen Pensionirung aufbringen müssen. Denn da sie alle selbst in den Fall der Erwerbsun-



fähigkeit kommen können: so zahlen sie gewissermaßen nur ihre spätere Pension im Voraus, d. h. sie geben als Erwerbsfähige Dasjenige hin, was sie als Erwerbsunfähige wieder zurück erhalten. Eine Ungerechtigkeit gegen die Steuerbelasteten liegt also wohl in dem alten, nicht aber in dem hier vorgeschlagenen neuen System der Pensionirung.

Was die Höhe der Pension betrifft, so würde sich dieselbe am gerechtesten und mit allen Bedürfnissen und Forderungen im besten Einklange stehend, dahin festsetzen lassen, daß ein jeder erwerbsunfähige Staatsbürger jährlich das Zweidrittel derjenigen Summe bezieht, welche er in den Jahren seiner Erwerbsfähigkeit, durchschnittlich berechnet, erworben, und für welche er daher auch die verhältnismäßige Steuer (Erwerbsteuer, wovon später!) getragen hat.

Diese Art der Pensionirung hat noch den wesentlichen Vortheil, daß dadurch jenes grauenhafte Kasernenleben der Armen- und Krankenhäuser wegfällt, und jeder Erwerbsunfähige im Besitze seiner vollen Selbstständigkeit verbleibt.

In Bezug auf die Besitzenden oder die Eigenthümer, deren Besitzthum nach unserer Organisation der Besitzverhältnisse ohne Arbeit nicht erwerbsfähig ist, würde die Modification einzutreten haben: daß sie zwar auch den Anspruch auf die Pensionirung geltend machen können, aber nur alsdann, wenn sie ihr Besitzthum dem Staate abtreten. — Treten sie es mittels Schenkung oder dergl. einem Andern ab, so ist dieser zur Pensionirung des abtretenden Besitzers verpflichtet.

### Deutsches Reich in spe.

— Berlin. Von Seiten der Militär-Aristokratie geschieht alles Mögliche, um die Soldaten nicht nur von dem Volke abzusondern, sondern sie auch gegen das Volk zu erbittern, grade so wie vor dem 18. März. So hat man z. B. den Soldaten die Anwesenheit bei den Volksversammlungen und in den Clubs streng untersagt. Es ist ihnen aufs schärfste verboten worden, die Maueranschläge zu lesen\*). Der quälende Dienst im Zeughaus und in den Kasernen soll sie gegen das Volk, welches ihn veranlasse, erbittern. Und welcher Art die Insinuationen sind, mittels deren die obere Befehlshaber auf den Geist der Truppen zu wirken suchen, dürfte sich wohl am klarsten aus einer Rede ergeben, welche der Oberst Erhardt des 24. Inf. Regts. (der übrigens in dieser Beziehung allgemein nicht für vollkommen zurechnungsfähig gehalten wird) aus Veranlassung der Arretirung eines Freiwilligen gesprochen hat, und welche dem wesentlichen Inhalte nach also lautete: Er müsse zu seinem Bedauern bemerken, daß unter den Freiwilligen ein Mann sei, der die Ehre, des Königs

\*) Man wird hiernach den §. 19 des Verfassungsentwurfs würdigen können, welcher besagt: daß das Heer die Rechte der Staatsbürger nur in so weit ausüben darf, als die Disciplinavorschriften nicht entgegen stehen! —

Rock zu tragen, so wenig zu würdigen wisse. Eben so müsse er sich wundern, daß die Freiwilligen sich Nachts auf den Straßen umher trieben, während die Uebrigen sich in den Kasernen marschfertig hielten. Er mache darauf aufmerksam, in welcher eigenthümlicher Stellung die Freiwilligen gewesen wären, wenn das Regiment das Glück gehabt hätte, den Befehl zu erhalten, von den Waffen Gebrauch zu machen. —

— Berlin. Von der sogenannten Vertrauensparade erfahren wir nachträglich Folgendes: Das Vertrauen bei dieser Vertrauensparade ist so groß gewesen, daß man vorher auf höhere Anordnung die Gewehre der Bürgerwehr untersucht hat, ob sie auch nicht geladen seien. Und als ein Wehrmann bemerkte: sein Gewehr sei zwar nicht geladen, er habe aber scharfe Patronen bei sich, wurde ihm befohlen, dieselben sogleich herauszugeben. — Zweitens: Das Bivat war ein durchaus officiell, indem es durch den General v. Aschhoff dadurch herbeigeführt wurde, daß derselbe umher ritt und mit geschwungenem Degen zu recht lautem Hurrarufe aufforderte. —

— Potsdam. Der Prinz von Preußen ist am 28. d. Mts. hier eingetroffen und feierlich eingeholt worden. — Am 24. traf er laut Independance (s. Nr. 46 d. Bl.) in Brüssel ein. Rechnen wir zwei Tage für die Reise von Brüssel bis Potsdam: so hat der Prinz die Studien der belgischen Verfassung, welche er nach der Bekanntmachung des Ministeriums vom 14. d. M. durch einen Aufenthalt in Belgien vornehmen sollte, in einem Tage abgemacht. — Dabei ist indeß gar nichts zu verwundern, dieweil wir aus dem Verfassungsentwurfe ersehen, daß die königlichen Prinzen von Gottes Gnaden mit einem ganz besondern Weisheitszahn begabt sind, indem sie schon im 18. Lebensjahre die Erfahrung und Klugheit besitzen, welche den Kindern der Menschen erst im vierzigsten zu Theil werden.

— Berlin. Die Mitglieder des Magistrats und die Stadtverordneten sollen in allem Ernste Willens sein, ihre Stellen mit denen der Arbeiter zu vertauschen. Fortan werden daher, zumal wenn schönes Wetter eintritt, die Mitglieder des Magistrats und die Stadtverordneten in Treptow, Rummelsburg, in den Rehbergen und andern schönen Gegenden sich die Zeit mit gesellschaftlichen Spielen ebenso gut zu vertreiben suchen, wie es bisher viele Arbeiter für 15 Sgr. Tagelohn gethan haben, dagegen werden die Herren Arbeiter in den engen und düstern Zimmern des Rathhauses, in welche bekanntlich kein Licht einzudringen vermag, Berathungen über die undankbare Frage anstellen, woher auf die Dauer das Geld zu derartigen Landpartien anzuschaffen sei! —

— Innsbruck. Dem Kaiser ist ein festlicher Empfang zu Theil geworden. Die Tyroler sind doch gute Jungen. Sie lassen sich in ihrer Liebe und Treue gegen ihren angestammten Kaiser durch alle Revolutionen der Welt nicht irre machen, und sollte ihnen auch einmal ein Kaiser angestammt werden, der sie sammt und sonders zu Fricassée hacken



und von dem kaiserlichen Hofpersonal zum Frühstück verzehren ließ. — Die deutsche Aristokratie ruft hierbei einstimmig aus: „Ach, wenn doch ganz Deutschland Tyrol wäre!“ —

— Stuttgart. Das Ministerium hat den schlauen Plan, die pensionirten Officiere zu Anführern der Bürgerwehr zu machen. — Das nenne ich doch praktisch! Die Bürgerwehr, welche die Rechte des Volks gegen die Regierung schützen soll, wird von Reuten commandirt werden, welche von der Regierung Gnade gehalten beziehen! — „Gut ausgedacht, Vater Lamormain!“

— Stuttgart. Der bei der Abgeordnetenwahl für Frankfurt in seinem Wohnorte Ludwigsburg durchgefallene Dr. David Strauß ist jetzt (20. Mai) mit 103 unter 104 Stimmen daselbst zum Abgeordneten des württembergischen Landtags für Ludwigsburg gewählt worden.

### Italien.

— Neapel. Die Boss. Ztg. sucht jetzt auch durch unverbürgte Nachrichten für die Reaction thätig zu sein. So berichtet sie von Neapel, daß dort zufolge eines Kampfes der Pazzaroni und des Militärs gegen die Nationalgarde, in welchem die letztere besiegte, die absolute Monarchie wieder aufgerichtet worden sei. Avis au lecteur! In Berlin, wo man durch diese Nachricht die demokratische Partei zu entmuthigen hofft, soll man's eben so machen, nur mit dem Unterschiede, daß die Bürgerwehr mit dem Militair gegen die Arbeiter Partei ergreifen soll, weil hier das demokratische Element im Arbeiterstande ruht. \*) — Tante Boss, kennst du denn nicht die alte Marseillaise der märkischen Edlen gegen Kurfürst Joachim, welche also lautet: „Joachimken, hüte di; krieg'n wir di, häng'n wir di!“ —

### Geisteskultur.

— In Straßburg erscheint eine Zeitung unter dem Titel: „Das republikanische Deutschland!“ — Hier heißt's nicht zu spät, sondern zu früh! —

### Locomotivfunken.

— Statt der Bezeichnung „erste Kammer“ und „zweite Kammer“ möge man lieber die Bezeichnung „Oberhaus“ und „Unterhaus“ als die sachgemäßere wählen. Oberhaus ist nämlich ein solches, in welchem alle reactionären Maßregeln stets die Oberhand behalten und Unterhaus ein solches, welches stets dem zähen Widerstande des Oberhauses unterliegt, sobald es eine Maßregel beantragt, die nur das Wohl des Volkes im Auge hat.

— Die Arbeiter, welche gegenwärtig so häufig und so zahlreich nach dem Rathhause wallfahrten, wie einst die Kreuzritter nach dem gelobten Lande, wo auch nichts zu holen war, werden bald genug die Erfahrung machen, daß guter Rath nirgends seltener ist, als eben auf dem Rathhause.

\*) Die Nachricht hat sich zwar theilweise bestätigt; die Tante Boss ist an der Bestätigung aber unschuldig.  
D. Red.

— Ein Kaufmann hatte 33 Jahre lang eine blühende Handlung, alle seine Unternehmungen gelangen, bei jedem Handelsgeschäfte wußte er seinen Vortheil sehr wohl wahrzunehmen und niemals blieben Zahlungen aus, die er zu fordern hatte. Die Nachbarn hielten ihn für sehr reich. Da mit einem Male erklärt er, ohne daß irgend ein Unfall ihn betroffen, sich für insolvent und alle Gläubiger bleiben unbefriedigt. Das war kein rechtlicher Banquerot, werden die Leser ausrufen. Gut, ich für meinen Theil habe nichts dagegen einzuwenden. Doch weiter. Ein Staat erfreute sich 33 Jahre lang eines tiefen Friedens, alle seine Unternehmungen gelangen, bei jeder neuen Regierungsmaßregel wußten die Lenker der Regierung ihren Vortheil wahrzunehmen und niemals blieben die zahlreichen Abgaben aus. Die Nachbarstaaten hielten jenen Staat für reich und mächtig. Da mit einem Male, nach einer schönen Frühlingsnacht, erklärt der Staat, ohne daß irgend ein Unfall ihn getroffen, seine Kassen für gänzlich erschöpft und leer. Das war — das Ende dieser langweiligen Erzählung. —

— Will man die Volksversammlungen, deren Zulässigkeit nach dem bekannten Entwurf von der Einsicht eines Polizei-Beamten (wir schlagen Herrn Duncker dazu vor) abhängen soll, unschädlich machen, so gestatte man sie ohne Weiteres, bestimme aber als ausschließliches Thema der zu haltenden Vorträge die in Wahrheit weisen Maßregeln, welche das neue Ministerium bis jetzt durchgeführt hat, die vielfachen Wohlthaten, welche durch die Vermittelung desselben dem Volke bisher zu Theil geworden, die neuen Erwerbsquellen, welche den zu Grunde gegangenen Gewerben eröffnet worden sind, und ich bin fest überzeugt, kein Einziger wird die angesagten Volksversammlungen besuchen, weil er im Voraus überzeugt ist, er werde Nichts zu hören bekommen.

— Zu keiner Zeit hat man sich eifriger bemühet, allerlei Vereine und Clubs zu bilden, als gerade jetzt; täglich sehen wir deren neue entstehen, gleich Pilzen schießen sie über Nacht hervor. Wir finden nicht nur zahlreiche Vereine in Berlin, sondern auch überhaupt in allen größeren und sogar kleineren Städten des preussischen Staates, noch mehr, nicht nur in Preußen, auch im übrigen Deutschland und endlich nicht nur in Deutschland, sondern auch im übrigen Europa. Und gleichwohl war die Uneinigkeit und der Meinungszwiespalt niemals größer und schroffer als gerade jetzt. Wir sehen Zwiespalt in Berlin, man denke nur an Stagenmusik und Landwehr, wir sehen Zwiespalt in den Provinzen des preussischen Staates, wir finden Zwiespalt in Deutschland und finden endlich Zwiespalt en gros in Europa, im Westen Republik, im Osten die Knute. Es ist dies die gerühmte Einheit in der Mannigfaltigkeit und eine der schönsten Früchte des freien Vereinigungsrechtes.

— Die Völker bitten nur so lange, als sie kein Petitionsrecht haben; ist ihnen dieses erst gewährt, so hören sie auf zu bitten und fangen an zu fordern.



— Bei dem Lesen des neuen Verfassungs-Entwurfes sollen sich Viele der Worte Schillers, der bekanntlich auch den Literaten angehörte, erinnert haben: „Wohl ausgesonnen, Vater Lamormain! Wär der Gedanke nicht so verwünscht gescheidt, man wär versucht ihn herzlich dumm zu nennen.“

— Seitdem das Briefgeheimniß für unverleßlich erklärt worden ist, verkauft man aller Orten „Offene Briefe“ und „Offene Sendschreiben.“

— Minister müssen sehr viel lesen, das bringt ihre Stellung mit sich. Es ist daher kein Wunder, wenn sie an Kurzsichtigkeit leiden und höchstens durch die Brille sehen können.

— Diejenigen Herren, welche den Volksrednern beständig vorwarfen, daß sie den Arbeitern nur etwas weiß machten, sollen jetzt, im Gegensatz gegen die Volksredner den Vorschlag gemacht haben, die Arbeiter schwarz zu färben und als Neger nach Brasilien zu verkaufen.

### (Mittheilungen.)

— (Ein Wort an den General v. Aschoff über ein Wort des Generals v. Aschoff. — Verspätet.) Als am Sonntage, 14. Mai, Nachmittags 3 Uhr, die große Demonstration gegen die unzeitige Zurückberufung des Prinzen von Preußen stattfinden sollte, wurden die Bürgerwehrlente des Postbezirks (Nr. 9) aufgefordert, sich in ihrer Wachtstube (Poststr. Nr. 5) einzufinden. Als dies geschehen war, las der Hauptmann Reinert der Bezirks-Compagnie eine Erklärung vor, welche ihm vom General v. Aschoff durch den Major Saack officiell übergeben worden war, und welche besagte: das Ministerium Camphausen habe abgedankt, und es sei in seiner Stelle ein Ministerium Hansemann gebildet worden. — Dieser Erklärung fügte der Hauptmann folgende Worte hinzu: „Also, meine Herren, ist die Frage wegen der Zurückkunft des Prinzen von Preußen hiermit erledigt, so daß die Demonstration nicht stattfinden wird. Zur größern Sicherheit aber bitte ich die Herren, sich so viel wie möglich im Bezirke zu verweilen, wenn nöthigenfalls dennoch unser Bezirk zusammen gerufen werden sollte.“

Da sich in der Versammlung indeß einige Zweifel kund gaben, ob es mit der Abdankung des Ministeriums Camphausen seine Richtigkeit habe: so begaben sich zwei Bürgerwehrmänner zum General v. Aschoff, um sich von ihm eine directe Erklärung darüber zu erbitten. Herr v. Aschoff wiederholte den beiden Bürgerwehrmännern gegenüber das, was der Hauptmann Reinert officiell bekannt gemacht hatte.

Und dennoch war es eine Unwahrheit! — Ich frage deshalb bei dem General v. Aschoff an, zu welchem Zwecke am 14. Mai die unwahre officielle Erklärung von einem Ministerwechsel erfolgt ist? —

A. de Laval,

Wehrmann des 9. Bezirks.

— (Große Landwehrverschöpfung.) Folgendes Schreiben ist uns von einem bis jetzt noch anonymen Verfasser zugegangen:

„Soeben kommt mein Kutscher nach Hause, und obgleich ich merkte, daß er etwas Heimliches in sich hatte, so brachte ich ihn doch in's Erzählen, so daß ich von ihm Folgendes erfuhr, welches ich, überzeugt von seiner Biederkeit, völlig zu verbürgen im Stande bin:

Derselbe war in der Landwehrversammlung, und seine Partei zählt 15,000 Mann, während die des Braß nur 8000 zählt, sowie es los geht, so soll der Braß gefangen werden, und alsdann rechnet man auch noch auf die 8000 Mann. — So wie in Berlin die Republik ausgerufen wird, muß jeder Landwehrmann aus dem nächsten Thore eilen, alles im Stich lassen, und sich in Spandau versammeln, wo schon alles, Gepäck, Montirung und Waffen hingeschafft sind, sie sollen auch keine Waffen mitbringen, da dies Aufsehen erregen könnte, die gutgesinnten Bürger werden dafür sorgen, damit keine Barrikaden gebaut werden, und wenn das Militär einrückt, sich in die Häuser zurückziehen und verschließen, während das Militär den Studenten, dem Handwerksverein und allen Parteigängern den Garaus macht. Die Bauern in den nahegelegenen Orten, wo die Kanonen stehen, sind bestochen, damit dieselben nicht verrathen, wo die Kanonen stehen, oder versteckt sind. — Das Signal: eine Fackel auf dem Schloß und zwei auf dem neuen Gefängniß, welches man vom Spandauer Thurm sehen kann, werden angezündet, dann sollen dieselben anmarschirt kommen.“

In der Versammlung war der Landwehr-General und mehrere Bürger anwesend, und es wurde allen vorgelesen, wer nicht kommt, und sich zurückzieht, wird als Verräther betrachtet, und sie möchten sich nur auf schlechte Pfingstfeiertage gefaßt machen.

Auf die Frage, wenn nun die Bürger gemeinschaftlich handeln, was sie dann machen sollten? antwortete er: „Gegen die Bürger wollen wir nichts, dann bleiben wir alle hier, weil die keine Republik wollen.“ —

Um Unglück zu verhüten, melde ich Ihnen dies schleunigst, bitte um die schnellste Verbreitung, damit Gegenmaßregeln getroffen, und der Bürger und Landwehrmann, überhaupt Alle diese ungeheuern Reaktionsmittel kennen lernen.

Sonntag, den 28. Mai 1848.

Gs.

Auf Verlangen werde ich später meinen Namen nennen.“

NB. Wird wohl sehr nöthig sein.

D. Red.

### (Correspondenz.)

Der Mann mit dem unleserlichen Namen in Briefen! Lassen Sie mich doch mit Ihren einfältigen Zuschriften ungeschoren. Weder haben Sie bei mir abonniert, noch sende ich Ihnen die Locomotive, weil ich mich überhaupt mit der Expedition des Blattes nicht zu befassen habe. Wenn Sie also die Locomotive nicht mehr lesen wollen, weil sie nicht pfeift wie Sie gepfeifen haben möchten: so bestellen Sie dieselbe ab. Und wenn Sie auch die Nummern des bereits bezahlten Monats nicht mehr lesen wollen, so kann Sie ja kein Mensch dazu zwingen. Benutzen Sie das Papier, zu welchem Zwecke Sie wollen! Mir ist das herzlich gleichgiltig. — Nur verschonen Sie mich mit Ihren sinnlosen Briefen, da mir die Zeit zu edel ist, um sie mit dem Lesen Ihres reactionären Gewäschens zu vergeuden.

D. Red.

Abonnements-Bestellungen für Berlin bitten wir der Verlags-Handlung unfrankirt zuzusenden.